

Gemeinderatssitzung am 24. November 2025

Rede von Oberbürgermeisterin
Monika Müller
anlässlich der
Einbringung des Haushaltes 2026
- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,
verehrte Gäste der heutigen Gemeinderatssitzung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
sehr geehrte Pressevertretungen,

die kommunalen Haushalte sind inzwischen im Zustand der Dauerkrise angekommen. Es besteht die Gefahr, dass wir uns daran gewöhnen. Und sich damit das schleichende Gift der Resignation ausbreitet.

Anhaltende Haushaltskrisen und die damit verbundene dauerhafte Unterfinanzierung können dazu führen, dass das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und der demokratischen Strukturen leidet. Das dürfen wir nicht zulassen! Wir müssen handeln, und wir müssen konsolidieren:

Haushaltskonsolidierung ist immer auch ein demokratischer Auftrag und dient dem Zusammenleben und der Zukunft der Menschen in unserer Stadt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Oktober haben wir berichtet, dass wir bereits das Jahr 2025 mit einem hohen Fehlbetrag abschließen werden.

Die Fehlbeträge summieren sich im aktuellen Entwurf bis Ende 2029 auf etwa 120 Mio. Euro. In den kommenden vier Jahren benötigen wir trotz bereits geplanter Kreditaufnahmen von 90 Mio. Euro weitere Mittel von rund 128 Mio. Euro.

Einfach abwarten, auf bessere wirtschaftliche Zeiten vertrauen, wäre angesichts der Krise der deutschen Automobil- und Zulieferungsindustrie und der deutschen Wirtschaft insgesamt fatal. Wir haben angesichts dieser Krisen erstmal mit wenig bis nichts zu rechnen: Im Haushaltsentwurf haben wir für 2026 noch mit Gewerbesteuerereinnahmen von 30 Mio. Euro geplant. Leider müssen wir inzwischen davon ausgehen, dass im Jahr 2026 zusätzlich hohe Rückzahlungen auf uns zukommen:

Es droht bei der Gewerbesteuer für 2026 ein Totalausfall!

Sehr geehrte Zuhörerschaft,

wenn Sie sich nun fragen, kann eine Stadt wie Rastatt denn ohne Gewerbesteuerereinnahmen auskommen, dann ist die Antwort einfach: Nein, das können wir nicht. Nicht im nächsten Jahr und auch sonst nicht.

Für die Stadt Rastatt sind daher zeitnah Entscheidungen erforderlich, um handlungsfähig zu bleiben. Wir müssen uns dazu folgende Fragen stellen:

Wo können wir unsere Ausgaben reduzieren, wo können wir die Einnahmen erhöhen? Und zwar spürbar. Eigentlich ganz einfach, sollte man meinen: Vor allem natürlich durch größere Einsparsummen oder deutliche Steigerungen bei den Einnahmen.

Aber um viele Positionen, gerade auch die Größeren, muss und wird gerungen werden. Denn es gilt ja immer, die Lebensqualität in unserer Stadt zu wahren und möglichst keine wichtigen Strukturen zu lähmen oder gar zu zerstören. Und wir müssen alles in den Blick nehmen, ohne Denkverbote, denn

„Auch Kleinvieh macht Mist“ – beispielsweise eine Erhöhung der Hundesteuer, reduzierte Gemeinderatsbezüge, abgespeckte Veranstaltungen oder neue Parkzonen werden unseren Haushalt natürlich nicht retten. Aber sie zeigen, dass Konsolidierung an niemandem vorbeigeht und wir alle unseren Beitrag

leisten müssen. Konsolidierung muss möglichst sozial verträglich stattfinden und vorrangig von den stärkeren Schultern getragen werden. Und Konsolidierung darf nicht durch besonders wortgewaltige Lobbyarbeit ausgebremst werden, um am Ende kümmerliche Kleinstbeträge zu ergeben.

Die Verwaltung hat dem Gemeinderat Ende September verschiedenste Konsolidierungsmaßnahmen vorgestellt, die Konsolidierungsliste bleibt selbstverständlich für weitere Vorschläge aus Ihren Reihen offen. Denn es braucht ein Bündel an Maßnahmen, damit wir noch genehmigungsfähige Haushalte vorlegen und selbstbestimmt die Stadt entwickeln können.

Auf der heutigen Tagesordnung steht als Teil des Maßnahmenbündels die befristete Erhöhung des **Hebesatzes der Gewerbesteuer**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte, Steuererhöhungen sind nie populär. Die vorgeschlagene befristete Erhöhung halte ich aber für vertretbar und bin weiterhin überzeugt, dass diese kein einziges Unternehmen finanziell überfordern wird. In diesen herausfordernden Zeiten gilt es, die finanziellen Lasten für alle gerecht zu verteilen.

Wie in der Konsolidierungsliste aufgezeigt, haben wir bei der Einbringung des Entwurfs die Bauausgaben in den kommenden vier Jahren begrenzt. Der Entwurf sieht in den nächsten vier Jahren Bauausgaben in Höhe von 93 Mio. Euro vor, hinzukommen aber noch investive Ausgaben für den Grunderwerb, für Kapitalerhöhungen der Stadtwerke, Investitionszuschüsse an Vereine sowie Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Vermögen.

Noch haben wir im Entwurf vorgesehen, in den kommenden **vier Jahren über 142 Mio. Euro zu investieren**. Wir können uns aber Kreditaufnahmen in dieser Größenordnung nicht leisten. Deshalb müssen wir im Zuge der Haushaltsberatungen zwingend auch unser Investitionsprogramm nochmals auf den Prüfstand stellen müssen. Was nicht unbedingt erforderlich ist oder was zumindest nicht sofort umgesetzt oder angegangen werden muss, kann auch verschoben oder auch ganz gestrichen werden.

Die umfassende **Sanierung des Postgebäudes** ist in diesem Betrag bereits nicht mehr enthalten. Nach neuen Kostenschätzungen müssten mehr als 14 Mio. Euro für eine Vollsanierung aufgebracht werden. Wir werden uns daher nur auf einen Innenausbau beschränken, um weitere Flächen im Gebäude nutzbar zu machen. Hierfür ist im kommenden Jahr eine Summe von einer Million Euro veranschlagt.

Das mit weitem Abstand kostenintensivste Bauvorhaben ist in den kommenden Jahren der **Feuerwehrneubau in der Kernstadt**. Gegenwärtig müssen wir von Baukosten von mindestens 35 Mio. € ausgehen. Angesichts unserer aktuellen Haushaltslage müssen wir klar benennen: Der Neubau ist wichtig! Aber in dieser Dimension derzeit nicht umsetzbar, ohne andere Pflichtaufgaben zu gefährden. In den kommenden Beratungen wird es daher entscheidend sein, finanzielle Prioritäten abzuwägen und gemeinsam festzulegen, wann dieses Vorhaben und gegebenenfalls auch andere realistisch umgesetzt werden können.

Für den **Grunderwerb** haben wir im kommenden Jahr 15 Mio. Euro vorgesehen. Diese Mittel benötigen wir im Wesentlichen für den Erwerb der Kasernenareale am südlichen Stadteingang sowie die Übernahme des Alohra-Grundstücks vom Eigenbetrieb „Bäder, Versorgung und Verkehr“. Zum Erwerb des Kasernenareals gibt es übrigens positive Nachrichten. Wir konnten uns zwischenzeitlich mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf einen Kaufpreis für das Areal einigen! Eine entsprechende Drucksache wollen wir dem Gremium im Dezember vorlegen.

Nicht rütteln wollen wir an der finanziellen Unterstützung der Vereine, also vor allem der Vereine, die sich auf den Weg machen, sich zukunftsicher aufzustellen.

Nach der Aufgabe der Tennisplätze an der Langemarkstraße werden wir dem Gremium in Kürze verschiedene städtebauliche Konzepte zur Entwicklung des Geländes vorlegen. Die dort früher beheimateten **Tennisbegeisterten aus der Kernstadt** haben nach der Verschmelzung mit dem TC Blau-Gold eine neue Heimat an der Fohlenweide gefunden. Die beschlossenen Investitionszuschüsse und Darlehen werden im kommenden Jahr ausbezahlt.

Auch bei der Entwicklung des **Sportparks im Münchfeld** kommen wir voran. Die Grundzüge der Planung haben wir im Gemeinderat bereits beschlossen. Für den Fußball gilt wie beim Tennis, dass öffentliche Gelder nur für zukunftsorientierte Konzepte eingesetzt werden dürfen. Mir ist wichtig, dass der Sport mit seiner wichtigen gesellschaftlichen Funktion in Rastatt stark bleibt, denn Fairness, Inklusion, Integration und Respekt werden außerschulisch dort besonders gut vermittelt.

Die Planungen für den Neubau des Zentralklinikums schreiten voran. Es kann ein modernes, leistungsfähiges und zukunftsfähiges Klinikum in Rastatt entstehen, das nicht nur die Gesund-

heitsversorgung stärkt, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor für unsere Stadt ist. Das bestehende Klinikumsgelände kann dann im Sinne der Stadt weiterentwickelt werden, beispielsweise fürs Wohnen.

Es gibt auch Vorhaben, die erst auf den zweiten Blick erkennen lassen, dass es nicht vor allem darum geht, Teer aufzubringen, sondern Lebensqualität zu sichern – für Anwohner und Bewohner und manchmal für eine gesamte Ortschaft: Daher soll die Umgestaltung und Sanierung der Dorfstraße, auf welche die **Wintersdorfer** schon so lange warten, nun endlich angegangen werden. Über 6 Mio. Euro haben wir in den kommenden Jahren dafür eingeplant.

Bei der **Neugestaltung der Hauptstraße in Rauental** sind wir bereits etwas weiter, das soll 2026 fertig werden. Wir schaffen dort Platz für eine Neuordnung der Parkflächen und breitere Gehwege. Neue Bäume werden zudem das Straßenbild verbessern und zur ökologischen Aufwertung beitragen. Barrierefreiheit wird durch ein taktiles Leitsystem unterstützt. Zusätzlich entstehen drei neue Fußgängerüberwege.

Im kommenden Jahr wollen wir auch die Ampelanlagen auf der Bahnhofstraße angehen, um für Fußgänger und Radfahrer bessere Querungen zu ermöglichen, vor allem auch für Menschen mit Beeinträchtigungen. Dafür sollen auch im kommenden Jahr weitere Bussteige barrierefrei ausgebaut werden.

Und natürlich investieren wir in die **Kinderfreundlichkeit** unserer Stadt, indem wir Spielplätze bauen oder sanieren: An der Pagodenburg und im New Britain Park entstehen im nächsten Jahr tolle Angebote für unseren Nachwuchs – in unserer Innenstadt. Beides dient auch der für 2036 geplanten Landesgartenschau, für die wir in den kommenden Haushalten bislang nur sechsstelligen Summen eingestellt haben, die wir aber als Chance für eine Stadtentwicklung insgesamt sehen. Einen Grundsatzbeschluss dazu müssen wir aber erst im Jahr 2030 abgeben.

Gerne würden wir noch mehr tun, in der Innenstadt, aber auch in den Ortsteilen - ohne zusätzliche Mittel von Bund und Land werden die Defizite in den Kommunen aber weiter steigen und die Handlungsspielräume immer kleiner. Bereits jetzt leisten die Kommunen deutlich mehr als ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben – sie erhalten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen.

Aus dem **Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität** können wir mit **2,2 Mio. Euro pro Jahr**, in **den kommenden zwölf Jahren also mit insgesamt knapp 27 Mio. Euro rechnen**. Das ist zwar erfreulich, ist aber letztlich nur ein Trostpflaster. Es bräuchte schon echte Druckverbände, also echte Reformen, um die Haushaltsnotlagen der Kommunen zu stillen.

Sehr geehrte Damen und Herren.

Im **Ergebnishaushalt** möchte ich mich nachfolgend nur auf einige wenige Punkte beschränken.

Neue Stellen gibt es grundsätzlich nur da, wo Gemeinderat oder Gesetzgeber dies vorsehen, also im Schulbereich, in den Kindertagesstätten sowie den Ortsverwaltungen.

Mit dem heutigen Beschluss, eine prozessorientierte Organisationsuntersuchung einzuleiten, sind wir zuversichtlich, unsere Verwaltungsstrukturen und Arbeitsabläufe künftig noch effizienter zu gestalten. Diese Optimierungen werden unsere Bürgerinnen und Bürger unmittelbar spüren, weil Verfahren, einfacher, schlanker und digitaler werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

besonders bemerkenswert finde ich, dass die Kolleginnen und Kollegen im Haus bei den Konsolidierungsvorschlägen auch vor den eigenen Reihen nicht Halt gemacht haben. Ich danke daher ganz besonders für das Verständnis des Personalrats und natürlich vor allem den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass aufgrund unserer Haushaltslage die Gewährung von **Leistungsprämien an Beamtinnen und Beamte** ab dem kommenden Jahr bis auf weiteres ausgesetzt werden soll. Ich finde, dass ist ein starkes Signal! Und ein Signal, das hoffentlich wirkt: Konsolidierungsbeiträge können auf allen Ebenen geleistet werden – in der Verwaltung, aber auch in der Politik. Dadurch zeigen wir ALLE, dass wir nicht von anderen Einsparungen verlangen, sondern auch selbst einen Beitrag zur Konsolidierung leisten und Verantwortung übernehmen. Solidarität in der Krise beginnt immer bei jedem selbst!

Auch die externen Träger der **22 Rastatter Kindertageseinrichtungen** beklagen eine angespannte Finanzlage.

Die Träger sind auf höhere kommunale Zuschüsse angewiesen, um Betrieb und Unterhalt der Kindertagesstätten sicherzustellen. Zudem sind 50 neue Betreuungsplätze in der neuen Kita Dörfel zu finanzieren, die im März 2025 in Betrieb gegangen ist.

In den vergangenen Jahren hat die Stadt Rastatt deutlich in den Ausbau der **Kleinkindbetreuung** investiert mit dem Ergebnis, dass die Stadt **zum ersten Mal den Rechtsanspruch auf Betreuung und frühkindliche Förderung im Vorschulalter gewährleisten** kann. Dafür können wir dankbar sein, denn **nichts ist besser, als in die Zukunft zu investieren, also in die Kinder in unserer Stadt!**

Ob und wie sich tendenziell sinkende Geburtenzahlen und Zu- und Wegzug in den kommenden Jahren auf die Kapazitäten und die weitere Entwicklung der Kita-Landschaft und Schulen auswirken, wird im Kindergartenbedarfsplan und in der Schulentwicklungsplanung dargestellt. Sicher ist, dass wir weiter in Bildung und Betreuung investieren müssen und wollen!

Im Grundschulbereich haben ab dem nächsten Schuljahr zunächst alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung. Dieser wird dann schrittweise auf die weiteren Klassenstufen ausgedehnt, wobei das Land dauerhaft nur 68 Prozent der Betriebskosten trägt. Den Rest werden wir schultern. **Auch hier fehlt es mal wieder an einer umfassenden Kostenerstattung durch den Auftraggeber, den Bund.**

Es gibt aber auch **positive Signale von anderen Ebenen**: Bei der Einbringung des Entwurfs haben wir noch mit einer Kreisumlage gerechnet, die um vier Prozentpunkte angehoben werden sollte. So sahen es zumindest erste Ankündigungen des Landkreises vor. Zwischenzeitlich ist davon auszugehen, dass die Erhöhung geringer ausfallen könnte.

Mit diesem kleinen komme ich nun zum Ende meiner Rede und bitte Sie alle, diesen Hoffnungsschimmer mitzunehmen, zu pflegen und zu bewahren.

Vielen **Dank an alle Zuhörerinnen und Zuhörer für Ihre Geduld!**

Und vor allem ganz **besonderen Dank an Sie, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats, für Ihre Bereitschaft**, in den anstehenden Beratungen gemeinsam nach Lösung zu suchen. Nach Lösungen, wie wir unsere Stadt auch in diesen stürmischen Zeiten weiter auf Kurs halten können.

Es steht fest: Die bisherigen Vorschläge zur Konsolidierung unserer Finanzen werden nicht ausreichen. Und es wird auch nicht ausreichen, nur hier unter uns darüber zu sprechen. Wir müssen die Bevölkerung einbeziehen. Mit welchem Format wir

das angehen wollen, gilt es noch zu klären. Entscheidend bleibt, dass Bürgerbeteiligung ehrlich sein muss. Sie darf weder zum Feigenblatt noch zum Ersatz für kommunalpolitische Verantwortung werden, vor allem aber darf sie nicht Erwartungen wecken, die wir am Ende nicht erfüllen können.

Ich bedanke mich ganz besonders beim **Fachbereich Finanzwirtschaft** für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs sowie bei allen Fachbereichen und Dienststellen für deren Unterstützung.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren Stadträte, nun bitten, den Haushaltsplanentwurf ohne weitere Aussprache an die zuständigen Ausschüsse zur weiteren Beratung zu verweisen.

Lassen Sie uns gemeinsam anpacken – für eine handlungsfähige Stadt!